

Stadtratsitzung vom 13.12.2010 –

Stellungnahme des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zum Haushalt 2011

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich will jetzt nicht zurückschlagen auf die Beiträge der Fraktionen, aber auf einige kleine Sachen will ich eingehen.

Beginnen möchte ich mit einigen Zitaten aus dem aktuellsten Städteranking, was wir ja immer alle vier Wochen von irgendjemandem zur Kenntnis nehmen können.

In dieser Umfrage wurden Städte betrachtet, die mehr als 100.000 Einwohner haben.

Ich nenne mal einige Zahlen bezüglich der wesentlichen Stärken und Schwächen der Stadt Magdeburg. Stärken von Magdeburg: 52,8 Prozent aller Kinder unter drei Jahren haben einen Kindergarten- oder Kinderbetreuungsplatz. Damit sind wir auf Rang acht.

Im Jahre 2009 hatten in Magdeburg 42,7 Prozent aller Einwohner ab 55 Jahren Arbeit.

Rang 12.

69,2 Prozent aller befragten Unternehmer beurteilen in einer Umfrage der IW-Consult und der Universität Bonn Magdeburg als wirtschaftsfreundlich. Rang 17.

Dynamikranking: Arbeitslosenquote ist um 6,1 Prozent gesunken, Rang sieben.

Einkommensteuerkraft von 2004 bis 2008 um 57 Prozent gestiegen, Rang 19.

Und dann haben wir noch einen guten Platz in der Frage der privaten Schuldner, die um einen Prozentpunkt gesunken sind, auch Rang 19.

Zu den Schwächen: 10,9 Prozent aller Schulabsolventen in Magdeburg sind im Jahre 2008 ohne einen Abschluss von der Schule abgegangen. Die durchschnittliche Quote liegt bei 7,5, Rang 95.

Im Jahre 2008 - jetzt kommt ganz was Wichtiges - lag das verfügbare Einkommen je Einwohner in Magdeburg bei 14.669 Euro. Der Durchschnitt liegt bei 18.000, Rang 94.

Im Jahre 2009 registriert man in Magdeburg 13.000 Straftaten, das ist nicht so entscheidend für mich jedenfalls, weil das die Frage ist, was da alles mitgezählt wird. Da wird jede Schmiererei als Straftat angezeigt und da sind wir relativ schlecht weggekommen.

Aber das ist nicht die Größe, auf die ich heute eingehen will. Im Dynamikranking ist das verfügbare Einkommen in Magdeburg von 2004 bis 2008 um 2,2 Prozent gestiegen. Der Durchschnitt bei 7,2 Prozent, Rang 96. Und der Anteil Hochqualifizierter in Magdeburg an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Magdeburg hat sich verbessert um 0,8 Prozentpunkte, aber liegen wir nur auf Platz 79.

Man kann alle diese und noch viel mehr Zahlen nachlesen.

Die entscheidenden Zahlen habe ich aber genannt.

Und das Erste ist, wir haben bei uns eine gute Beschäftigungsquote aber die Leute verdienen zu wenig, viel zu wenig.

4.000 Euro unter dem Durchschnittsniveau, wenn man das auf die 100.000 Beschäftigten umrechnet, dann ist das eine beachtliche Zahl, was an Einkommen in der Stadt Magdeburg nicht verfügbar ist. Und dieses nicht verfügbare Einkommen wirkt sich auf alle Bereiche aus.

Und jetzt ist die Frage, woran liegt das eigentlich, dass wir ein so geringes Durchschnittseinkommen haben? Da gibt es natürlich eine ganze Reihe von Faktoren, aber ich will nur mal die wesentlichen nennen, die im letzten Jahr uns dahin geführt haben, wo wir heute sind.

Das hängt zum Teil mit der Hartz IV-Gesetzgebung zusammen, aber auch mit anderem.

Und zwar auch mit der Festlegung, dass man Minijobs bis 400 Euro mit einer Pauschale versehen hat und keine Steuern zahlen muss.

Und jetzt mal was ganz einfaches, um das Problem zu verstehen. Wenn ich als Unternehmer jemanden einstelle, der 1.200 Euro brutto verdient und der ist alleine, dann ist der kein Hartz IV-Empfänger, dann ist der raus aus dem System. Wenn ich die gleiche Arbeit auf drei Leute aufteile und lasse jeden 15 Stunden arbeiten, dann zahlen wir als Kommune für alle drei Unterkunftskosten.

Wenn zwei vorher arbeitslos gewesen wären, hätten wir auch für zwei bezahlt, aber für den Dritten eben nicht. Durch die Aufteilung der Arbeit auf drei mit jeweils 15 Stunden zahlen wir für alle. Das heißt, dadurch steigen natürlich für uns die Unterkunftskosten.

Darum ist eben auch die Bedarfsgemeinschaftszahl überhaupt nicht gesunken, die ist gleich geblieben. Die Menschen können von dem, was sie verdienen, eben trotzdem nicht leben. Und in der gesamten Situation, die wir in der Stadt haben, fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Es fehlt für Kulturausgaben, es fehlt für Sozialausgaben, es fehlt für Sportausgaben. Also die Dramatik liegt darin, dass die Menschen in Jobs getrieben worden sind, von denen man in vielen Fällen nicht vernünftig leben kann.

Und darum ist es jetzt höchste Zeit, dieses System zu durchbrechen und diese Jobs abzuschaffen, wo ich keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlen muss, wo ich Steuern sparen kann.

Jetzt kommen wir zu dem Problem der immer wieder genannten Zuverdienstmöglichkeiten. Das ist auch eines der größten Übel, weil natürlich damit erst die Möglichkeit gegeben wird, das zu tun.

Denn es ist ja so, dass je höher die Zuverdienstmöglichkeiten sind, die Anzahl der Menschen mit Bedarf steigt.

In Magdeburg, ich sage die Zahl noch mal, sind das aktuell 8.000 Bedarfsgemeinschaften, die Arbeit haben und wir zahlen dazu.

Und wenn wir immer davon reden, wir wollen soziale Entlastung haben, weil wir das als Kommune nicht mehr tragen können, ist das dieser entscheidende Punkt. Das ist der entscheidende Punkt der sozialen Entlastung. Nur in dem Segment sind zweistellige Millionenbeträge zu holen, woanders nicht.

Auch nicht bei der Hilfe zur Erziehung können Sie zweistellige Millionenbeträge holen.

Aus diesem Grund muss man sich um diese beiden zentralen Themen kümmern.

Und wie können wir das als Kommunen tun? Wir können jetzt auf den Bund schimpfen und können sagen, „ändere die Gesetze“, aber das machen wir andauernd, und trotzdem passiert nichts. Im Gegenteil.

Was wir tun können ist, die Wirtschaftsförderung zu forcieren, weil natürlich jeder, der einen vernünftigen Job hat und damit automatisch aus dem Bedarf kommt, uns auch entlastet.

Wir haben auf beiden Seiten Effekte. Einmal ist die Einkommenssteuereinnahme höher, andererseits haben wir eine Entlastung auf der sozialen Schiene.

Das A und O ist, dass wir Wirtschaftsförderung machen und Betriebe ansiedeln, die vernünftige Löhne bezahlen.

Ich möchte noch auf den 35. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE eingehen.

Jedes Mal höre ich beim Städtetag, bei jeder Versammlung höre ich, „wir müssen als Städte von sozialen Lasten entlastet werden“. Jetzt macht der Bund das einmalig, und zwar mit dem Bildungsteilhabepaket.

Was machen wir?

Wir stellen den Antrag, das Geld, das dadurch frei wird, für andere Sozialleistungen auszugeben. Das kann nicht sein. Wenn wir immer rufen, „entlastet uns mal“, und wir werden endlich mit einem Minischritt entlastet, können wir doch nicht sofort sagen, „aber das Geld, was da frei wird, müssen wir für andere Sozialleistungen gleich wieder ausgeben“.

Auch wenn es nur 20.000, 30.000 oder 40.000 Euro sind, das System passt dann nicht, wenn man so argumentiert.

Man kann doch das Geld nicht gleich wieder mit vollen Händen ausgeben, auch wenn es nur ein geringer Beitrag ist. Wenn man das insgesamt hinkriegt, dann muss man auch seine eigenen Hausaufgaben machen.

Ich möchte nun das aufgreifen, was Stadtrat Hans-Jörg Schuster gesagt hat. Er meinte, wir haben ja nichts mehr zu entscheiden hier im Stadtrat, weil alles im Prinzip bereits vergeben ist

Ich sage auch dieses Jahr wieder, das ist nicht wahr.

Es ist auch nicht wahr, dass wir uns nur noch Pflichtaufgaben leisten können.

Nehmen wir doch mal Salbke. Ist das eine Pflichtaufgabe das Haus zu sanieren? Neustädter See, ist das eine Pflichtaufgabe, die 2,4 Millionen dafür auszugeben? Ist die Förderung von Jugendeinrichtungen in der Größenordnung von drei Millionen eine Pflichtaufgabe?

Ist die Förderung von Sportvereinen eine Pflichtaufgabe?

Ist eine Theaterfinanzierung von 24 Millionen eine Pflichtaufgabe?

Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen, bei denen wir sagen könnten, da können wir auch etwas weniger machen.

Aber - und das ist die gemeinsame Verantwortung, die wir haben - wir müssen natürlich auch sehen, welche Konsequenzen und Wirkungen haben unsere heutigen Entscheidungen. Da ist es natürlich absurd, ein Theater zu schließen in der Landeshauptstadt, wenn man junge Leute in die Stadt holen will. Und da macht es auch keinen Sinn, keine Kultureinrichtungen mehr zu unterhalten, wenn man junge Leute in die Stadt holen will. Die brauche ich hier dringend, damit sie sich hier verwirklichen können und auch eine Chance haben, hier in der Stadt ihre eigene Arbeit finden zu können.

Also insgesamt gesehen haben wir im Haushalt große Gestaltungsspielmöglichkeiten.

Jetzt noch ein paar Worte zu den Ausführungen von Stadtrat Wähnelt. Da klang teilweise an, dass wir Maßnahmen vorschlagen, die wir eigentlich nicht machen sollten.

Grundschule Kannenstieg, Comeniusschule, Repkow-Schule, Figurentheater, Kurt-Werder-Straße, Erschließung SKET-Areal, Strombrücken zugverlängerung, Bördelandhallensanierung, Brückenbauten – um nur einige zu nennen.

Das sind alles Maßnahmen, die wir gemeinsam als sinnvoll erachtet haben und darum stehen sie auch hier drinnen und wir haben in den Ausschüssen auch für die meisten Maßnahmen eine Mehrheit bekommen.

Die Maßnahmen umfassen ein Volumen von 39 Millionen!

Und eins möchte ich auch hier klarstellen, da dieser Satz, dass dies das geringste Investitionsvolumen, das wir je hatten, sei, immer und immer wieder zitiert wird.

Sie müssen ja mindestens die 30 Millionen für PPP-Projekte dazu zählen!

Die können Sie ja nicht einfach ignorieren, bloß, weil die nicht hier in der Prioritätenliste stehen.

Für die Refinanzierung dieser Maßnahmen haben wir über die Jahre 110 Millionen auf den Weg gebracht.

Und die 30 Millionen, die wir für PPP bis 2015 in der Rücklage haben, hätten wir auch für den Schuldenabbau nehmen können.

Das haben wir aber bewusst nicht getan, weil wir eben vorher grade gehört und gelesen haben, wie schrecklich die Situation an den Schulen ist und dass zehn Prozent der Absolventen keinen Abschluss haben. Darum ist es sinnvoll in Schulen zu investieren in dieser Zeit. Es ist genauso sinnvoll, in die Kindergärten zu investieren im nächsten Jahr und darum wird auch das Programm, was jetzt der Landesfinanzminister angekündigt hat, wahrscheinlich ein kombiniertes Programm für Schulen und Kindergärten sein.

Ich denke, die Haushaltsberatung im Finanzausschuss und in allen anderen Ausschüssen wurde mit sehr viel Sachverstand geführt und auch mit großer Zurückhaltung. Dafür danke ich Ihnen.

Es gab keine Anträge, in denen Millionenbeträge gefordert worden sind, da ist schon klar erkennbar, dass jeder auch weiß, wo wir jetzt eigentlich stehen.

Ich will noch eine Bemerkung machen zu dem von Stadtrat Wähnelt vorgetragenen Risiken. Die Anmeldung der Beigeordneten für den Haushalt beinhaltete ein Defizit von 25 Millionen, Das hätte ich Ihnen so vorlegen können.

Da wären alle Risiken, die wir jetzt aufgeschrieben haben, abgedeckt gewesen.

Wir haben die zwei Millionen, die kommen könnten, eingestellt. Das Problem ist nur, dass 25 Millionen-Loch kann keiner locker schließen. Und wenn Sie das Papier dann einreichen in Halle zur Genehmigung, dann sagen die, „wunderbar, reduziert mal bei eure freiwilligen Aufgaben, damit ihr wieder bei einer vernünftigen Größenordnung seid“.

Das heißt, sie würden uns dann die Aufgabe auferlegen, da zu kürzen, wo noch Kürzen machbar ist. Damit hätten wir am Ende nichts gekonnt.

Und die Erfahrung der letzten drei Jahre hat gezeigt, dass man einen Haushalt von 520 Millionen nicht auf den Punkt genau steuern kann.

Es wusste keiner, dass wir 2009 trotz der Krise 78 Millionen Steuereinnahmen haben.

Andere haben gesagt, diese gehen um 25 % runter.

Wir haben nur fünf Millionen weniger gehabt, als wir im Jahre zuvor hatten.

Und so ist das einfacher und ein Stück weit mal eine Politik, die man sich überlegen muss, wie man durch die Wellen kommt, ohne großen Schaden zu nehmen.

In Halle z.B. wird eine andere Politik betrieben, dort wird jedes Risiko als Minus im Haushalt aufgenommen. Was dies für Folgen hat, ist nicht abzusehen.

Unser Stil ist das jedenfalls nicht.

Wir wollen versuchen, dass wir auch diese acht Millionen-Lücke noch schließen, im Laufe des Haushaltsjahres, bei vier wollen wir ja landen, wie wir es uns vorgenommen haben, aber dann muss in den nächsten Jahren auch versucht werden, da raus zu kommen.

Wenn ich mit den älteren Leuten unserer Stadt rede und mal ernsthaft frage, was würden Sie denn sagen? Sollen wir uns weiter verschulden, oder nicht?

85 bis 90 % der Leute sagen dann - keine weitere Verschuldung.

Wenn wir dann aber sagen, aber dann geht das da in Salbke grade mal nicht im nächsten Jahr, dann geht das in Reform mal nicht mit der Grünen Mitte oder es geht mit dem schönen Haus da in Neustadt nun mal nicht im nächsten Jahr, dann ist das etwas ganz Anderes.

Und so sind die Bürger, so sind Sie, so bin ich teilweise auch, weil man auch mal was Gutes tun will.

Aber wenn wir gemeinsam ernst genommen werden wollen, dann müssen wir im nächsten Jahr sagen, wir können uns eben nur das leisten, was auch im Haushalt finanzierbar ist. Und da muss man auf einige Sachen auch manchmal verzichten, aber nicht auf die, die das System der Stadt infrage stellen. Auf die dürfen wir nicht verzichten und das Geld in die Richtung schieben, die uns am Meisten nützt. Und da muss man auch gucken, wie die Wirtschaftlichkeit der Stadt weiter auf die Beine kommt.

Ich glaube, dass wir das in den letzten Jahren vernünftig gemacht haben, auch weiterhin mit Ihnen gemeinsam versuchen wollen und von daher, lassen Sie uns jetzt die Anträge abstimmen, so wie es im Finanzausschuss gemacht worden ist.

Ich betone nochmals, in den Jahren 2008 und 2009 haben wir in Magdeburg kein Minus gemacht.

Ganz im Gegenteil, wir haben seit 2006 80 Millionen echte Kreditschulden abgebaut.

Durch das Stark II – Programm des Landes bauen wir nochmals Schulden ab und werden Ende 2011 schon bei 700 Euro pro Kopf Verschuldung sein.

Sie finden kaum eine andere Stadt, die so wenig echte Kreditschulden hat!

Lassen Sie uns jetzt den Haushalt beschließen, damit wir zu Beginn des Jahres 2011 einen genehmigten Haushalt haben und gleich nach Winterende unsere K II – Maßnahmen fertig stellen können, dann werden wir auch 2011 wieder sagen können, das war für uns ein erfolgreiches Jahr.

Die Basis dafür haben wir jedenfalls gemeinsam gelegt.

Vielen Dank.